



Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri



Nora Sommer
Trögligasse 25
6460 Altdorf

Interpellation

„Berufliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen“

Herr Präsident
Geschätzte Damen und Herren

Ausgangslage

In der Neuen Urner Zeitung vom 2. Oktober 2017 war dem Artikel „Starthilfe fürs Berufsleben“ zu entnehmen, dass das Staatssekretariat für Migration zusammen mit den Kantonen ein Pilotprojekt startet, wo es um Integrationsvorlehren für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene geht. Im Rahmen dieses Projektes soll Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, die in ihrem Heimatland bereits gearbeitet haben, eine Berufsausbildung oder studiert haben, den Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Vorbereitung auf eine Berufslehre erleichtert werden. Diese sogenannte Vorlehre soll aus einem praktischen Teil mit Betriebseinsätzen und Praktikas und einem theoretischen Teil bestehen, wo zum Beispiel Deutsch-, Mathematik und allgemeine Kenntnisse für die Schweizer Berufswelt während einem Jahr vermittelt werden. Pro Platz und Jahr zahlt der Bund den Kantonen 13 000 Franken.

Wie dem Artikel zu entnehmen war, haben 19 Kantone ihre Projekte beim Bund eingereicht. Auf Nachfrage bei der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) wurde mir mitgeteilt, dass sich der Kanton Uri nicht gemeldet hat, die Möglichkeit aber ausgiebig geprüft wurde.

Im Kanton Uri gibt es seit August dieses Jahres das Integrative Brückenangebot (IBA), das sich ebenfalls um die berufliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen bemüht. Die Zielgruppe ist aber eine ganz andere, das Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren, die mehrheitlich keine Berufs- oder universitäre Ausbildung in ihrem Heimatland gehabt haben.

Fakt ist, dass viele Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in der Schweiz jahrelang arbeitslos bleiben und die Sozialkosten bedeutend höher ausfallen, als wenn die berufliche Integration dieser Personen frühzeitig (finanziell) gefördert wird. Eine proaktive und vorausschauende Haltung von den Kantonen bei solchen Themen ist deshalb wünschenswert.

Aufgrund bewaffneter Konflikte weltweit sowie zunehmender Klimakatastrophen werden auch in den nächsten Jahren zahlreiche Flüchtlinge in unserem Kanton untergebracht und benötigen berufliche Perspektiven, um die Sozialhilfeleistungen nicht zu überstrapazieren.

Antrag

Gestützt auf Art. 127 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrats wird der Regierungsrat ersucht, die folgenden Fragen zu beantworten:

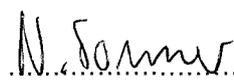
1. Wie viele arbeitslose oder an einer Berufslehre interessierte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene im Alter von über 25 Jahren wohnen im Kanton Uri?
2. Mit welchen Berufserfahrungen kommt die Zielgruppe (ab 25 Jahren) in die Schweiz? Welche berufliche oder universitäre Ausbildung haben diese Personen in ihrem Heimatland abgeschlossen?
3. Welche Angebote gibt es im Kanton Uri, die vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen über 25 Jahren den Einstieg in den Schweizer Arbeitsmarkt erleichtern? Welche Angebote bestehen für übrige Migranten und Migrantinnen?
4. Wie werden die oben genannten Zielgruppen erreicht und wie intensiv werden die arbeitsmarktlichen Angebote wahrgenommen?
5. Gemäss meinen Informationen macht der Kanton Uri nicht am eingangs angesprochenen Projekt des Staatssekretariats für Migration zur Integrationsvorlehre mit. Was sind die Gründe für dieses Abseitsstehen des Kantons?
6. Hat der Kanton Uri eine schriftliche Zusage von anderen Innerschweizer Kantonen, dass vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitz im Kanton Uri an ausserkantonalen Projekten der Integrationsvorlehre teilnehmen können?
7. Kann sich der Kanton Uri vorstellen, in Zukunft proaktiv bei Projektausschreibungen dieser Art vom Bund mitzuarbeiten? Wenn nein, kann sich der Kanton Uri vorstellen, in Zukunft mit anderen Innerschweizer Kantonen gemeinsam ein Projekt einzureichen und von Beginn an die Zusammenarbeit zu fördern bzw. die Finanzierung zu sichern?

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Fragen gedankt.

Altdorf, 3. Oktober 2017

Erstunterzeichnerin
Nora Sommer, Altdorf

Zweitunterzeichner/in
Sylvia Läubli, Erstfeld


.....
Unterschrift


.....
Unterschrift